

# R(H)EINGRÜN



**Hubert Kück**  
Fraktionsvorsitzender

## GRÜNE WOLLEN KOMMUNEN NICHT ZUSÄTZLICH BELASTEN

Landrat Dr. Müller plant, den Kommunen im Jahr 2016 rund 20,6 Millionen Euro mehr an Kreisumlage in Rechnung zu stellen als in diesem Jahr. Der Umlagesatz soll von 41,80 auf 43,80 Prozent in der Summe steigen. In Zahlen bedeutet dies eine Zunahme der finanziellen Belastung von 239,17 auf 259,79 Millionen Euro für die Städte und Gemeinden. Diese Politik des Landrats Dr. Müller wird von der Kooperation von CDU, GRÜNEN und FDP/VWG kritisiert. Die Kooperation hat den Antrag eingebracht, den Landrat damit zu beauftragen, zusätzliche Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Das Ziel der Kooperation ist es, den aktuellen Kreisumlagehebesatz von 41,8 Prozentpunkten für den Haushalt 2016 zumindest beizubehalten. Die **GRÜNE Fraktion** will erreichen, dass die Kommunen in keinem Fall mehr belastet werden als bisher.

### DER ANTRAG IST EIN WICHTIGES SIGNAL

Ich meine: Der Antrag ist richtig und auch deshalb wichtig, weil er ein gutes Signal an die Städte und Gemeinden sendet mit der Botschaft: Wir wollen die Kommunen finanziell

schonen! Unser **politisches Ziel** ist klar: **Keine Erhöhung des Hebesatzes bei Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen**. Eigentlich sollten sich hinter diesem vernünftigen Ziel doch alle politischen Parteien versammeln können.

### VERWUNDERUNG ÜBER SPD

Leider entzog sich die SPD-Kreistagsfraktion in den letzten Beratungen zum Kreishaushalt einer vernünftigen Diskussion über die Konsolidierung des Haushalts.

Es war für mich schon mehr als enttäuschend zu erleben, dass die SPD offenbar vor den Problemen wegläuft nach dem Motto: Sparen ja, aber erst in späteren Jahren. **Das ist politisches Duckmäsertum und hilft niemandem weiter**. Was nützt ist, dem aus dem Ruder laufenden Kreishaushalt wieder eine stabile Richtung zu geben.

Die GRÜNE Kreistagsfraktion wird auf jeden Fall unbeirrt ihren Kurs der Konsolidierung beibehalten. Ich will aber die Hoffnung nicht aufgeben, dass auch die SPD endlich die Kurve kriegt und sich den Herausforderungen des Kreishaushalts hier und jetzt stellt. ■

## ELEKTROSCHROTT-ABHOLSERVICE: DIE TESTPHASE LÄUFT!

*Seit 2014 gibt es in Kamp-Lintfort, Rheinberg und Neukirchen-Vluyn einen neuen Service. Zu entsorgende Elektronik wird direkt an der Wohnungstür abgeholt. Nun machen auch Hamminkeln, Schermbeck und Wesel im Rahmen einer Testphase mit. Diese läuft von August 2015 bis Ende 2016. Etwa 100.000 EinwohnerInnen werden in den Test eingebunden und so von dem neuen Service profitieren.*

*Die Idee ist bürger- sowie umweltfreundlich und verhindert Diebstähle. Denn besonders die weiße Ware (Kühlschränke, Waschmaschinen etc.) enthält neben umweltgefährdenden Stoffen auch Metalle und Rohstoffe. Stellt man die Geräte an die Straße, werden diese wertvollen Bestandteile oft abgetrennt und mitgenommen. Durch den neuen Service werden die Stoffe verwertet, sicher entsorgt sowie Umweltverschmutzung und Missbrauch verhindert.*



**Jürgen Bartsch**  
Kreistagsmitglied

## ENERGIE AUS GRÜNABFÄLLEN

**Großes Potenzial: Mit einer Bioabfallvergärung könnte das Abfallentsorgungszentrum Asdonkshof (AEZ) die Verwertung von Bioabfällen verbessern.**

Im AEZ Asdonkshof wird der Großteil des Biomülls im Kreis Wesel kompostiert. Das Kompostwerk hat derzeit eine Behandlungskapazität von rund 25.000 Tonnen Bioabfällen jährlich. Im Jahr 2014 fielen schon gut 26.000 Tonnen Abfälle aus der Biotonne und rund 17.000 Tonnen Baum- und Strauchschnitt an. Durch die Einführung der Biotonne jetzt auch in Dinslaken und Schermbeck ist in **Zukunft noch mehr Biomüll** zu erwarten. Das würde die Kompostieranlage überfordern. Will man den zusätzlichen Bioabfall nicht extern entsorgen, **muss das AEZ ausgebaut werden**. Hinzu kommt, dass auch Duisburg und der Kreis Viersen Interesse an einer Behandlung ihrer Bioabfälle am Asdonkshof haben.

Warum aber kombinieren wir den Ausbau nicht gleich mit einer Modernisierung? Nicht nur Kompost lässt sich aus Biomasse herstellen. Durch den Einbau einer Biogasanlage könnten wir **wertvolles Biogas gewinnen und gleichzeitig Betriebskosten senken**. Denn das Gas könnte, umgewandelt in Strom und Wärme, direkt am AEZ genutzt werden.



Natürlich müssen Chancen und Probleme gegeneinander abgewägt werden. Sollten die neuen Verfahren einer kritischen Überprüfung aber weiterhin standhalten, sollten wir uns dieser Recyclingoption unbedingt öffnen. **Abfall ist eine Ressource** – gestalten wir die Müllverwertung im Kreis Wesel modern, umwelt- und kostenbewusst! ■



**Gabriele Obschernicat**  
Sachkundige Bürgerin

## ANSTIEG DER GRUBENWÄSSER

**GRÜNE PolitikerInnen fordern Untersuchung von Umweltrisiken, die mit der Grubenflutung verbunden sind.**

Auch im Kreis Wesel gibt es inaktive Stollen und Schächte aus dem Steinkohlenbergbau. In diesen steigt Grubenwasser an, das derzeit noch abgepumpt wird. Die **RAG flutet jedoch nach und nach die Gruben**, indem sie die Fördermengen der Grubenwässer reduziert. Im Jahr 2018 wird sie den Pumpbetrieb an eine Stiftung übergeben. Diese wird dann den Weiterbetrieb übernehmen und finanzieren.

Da in den Schächten **Industriemüll** eingelagert wurde, kann es durch den Anstieg der Grubenwässer zur **Kontamination von Bächen, Flüssen und Böden** kommen. Größenordnung, Lage und Zusammensetzung der Industrieabfälle ist vielfach unbekannt. Unter anderem sind in den Grubenwässern krebserregende PCB (Polychlorierte Biphenyle) enthalten, wie inzwischen bekannt wurde.

Diesbezüglich hat die GRÜNE Kreistagsfraktion Anfragen zu

- ◆ **Überwachungsvorkehrungen und -parametern** hinsichtlich Schadstoffen
- ◆ technischer Vorgehensweise und Transparenz
- ◆ **Vergleichsstudien der Belastungen** im Wasser und in Böden im Verlauf der letzten 12 bis 24 Monate
- ◆ **Orten, Mengen und Zusammensetzungen von Industriemüll** in den Stollen und den Schächten

an die Kreisverwaltung gestellt.

**Es ist unsere politische Pflicht**, bei diesen Prozessen darauf zu achten, dass sie umweltverträglich ablaufen. Gerade wenn Verantwortlichkeiten wechseln, darf es nicht zu einem Verlust von Verantwortung kommen. ■

**Die Grüne Kreistagsfraktion freut sich auf Ihre Meinung zu RheinGrün. Sollten Sie Anregungen für die Politik im Kreis Wesel haben, können Sie sich gerne an uns wenden. Sie erreichen uns per Mail unter der Adresse: [gruene-fraktion@kreis-wesel.de](mailto:gruene-fraktion@kreis-wesel.de), per Brief an: Reeser Landstraße 31, 46483 Wesel und telefonisch unter: 0281 - 207 2004.**



**Karl-Heinz Hemmerich**  
Sachkundiger Bürger

## ÜBERMÄSSIGER GÜLLE- UND DÜNGEREINSATZ AM NIEDERRHEIN

### Es ist an der Zeit für Begrenzungen.

Landwirte düngen häufig aus dem Güllefass. Vor allem für AnwohnerInnen bedeutet dies eine extreme **Geruchsbelästigung**, gegen die sie nichts ausrichten können. Wer neben einem Feld wohnt, muss den Gestank von Gülle aushalten. Das ist eine Sache, die wir GRÜNEN ändern möchten.

Es gibt aber noch weitere durch die Landwirtschaft hervorgerufene Probleme. Und die betreffen wesentlich mehr Menschen im Kreis.

Der **Einsatz von Düngemitteln verschmutzt unser Grundwasser**. Vergleicht man die Werte von 2007 bis 2012, wird klar, dass unser Wasser zunehmend mit Nitraten belastet ist. Die Mehrbelastung des Grundwassers durch Nitrate wird zu einem guten Teil auf Nährstoffeinträge aus dem Bereich der Landwirtschaft zurückgeführt. Ein weiteres Problem sind **Medikamente**, die Nutztieren verabreicht werden und die dann mit der Gülle auf Äcker und Wiesen aufgetragen werden. Eine mögliche Ursache für Antibiotikaresistenzen ist nicht nur in Krankenhäusern zu sehen.

Eine Verringerung der Probleme ließe sich zum Beispiel durch **den Stopp von Gülleimporten aus den Niederlanden erreichen**. Deutlich wird: So wie die Landwirtschaft sich heute entwickelt – immer mehr Tiere, immer billigere Produkte –, darf es nicht weitergehen! ■



**Lukas Aster**  
Sachkundiger Bürger

## BETUWE-BILLIGTRASSE AUF KOSTEN DER ANWOHNER/INNEN

### Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Bahn AG schlagen Warnungen in den Wind.

Die Betuwe-Linie verspricht vor allem eins: Maximale Verkehrsleistung auf Kosten der AnwohnerInnen. Denn Probleme wie **gravierende Sicherheitsmängel, unzureichender Schallschutz und Verschandelungen der Ortschaften** werden in der bisherigen Planung nur unzureichend aufgegriffen. Die Bürgerinitiativen im Kreis baten die Fraktionen um Unterstützung. Die GRÜNE Kreistagsfraktion brachte die Forderungen der engagierten BürgerInnen in Ausschüsse ein. Sie trug dazu bei, dass die Forderungen nach einem **Mitspracherecht im Beteiligungsverfahren** zur Betuwe im Kreistag gel-

tend gemacht wurden. Im Laufe der Beratungen wurde klar, dass man auch **eine Klage** in Betracht ziehen muss. Denn in vielen Planungsdetails werden Warnungen kompetenter Fachleute vor Ort noch immer nicht gehört, wie z.B. die unserer Feuerwehren. Das ist höchst bedenklich, denn für echte Sicherheit wäre der **Einsatz zusätzlicher und besserer Technik** – so wie in den Niederlanden – nötig.

Ich meine: Gute Verkehrspolitik setzt nicht nur den entsprechenden Willen voraus, sondern auch Fachkenntnis und Mut zu **Demokratie und Bürgerbeteiligung**. All das vermisste ich bei den Planungen zum Ausbau der Betuwe, welche die Berliner Politik, Eisenbahnbundesamt und DB Netz durchführen. ■



# FLÜCHTLINGE IM KREIS WESEL



**Britta Wegner**  
Kreisstagsmitglied

## **BürgerInnen zeigen Solidarität und Hilfsbereitschaft.**

Keine andere Problematik bewegt die Menschen in Deutschland zurzeit so stark wie die Flüchtlingsdebatte. Der **feige Brandanschlag im Oktober auf das geplante Flüchtlingsheim in Xanten** hat uns GRÜNE Kreisstagsfraktion schockiert. Positiv beeindruckt haben uns hingegen die Reaktionen darauf aus der Bevölkerung. Um Solidarität zu zeigen, organisierte die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg eine Menschenketten-Aktion, an der über 650 Menschen teilnahmen.

Auch im Kreis Wesel steht das Thema Flüchtlinge an oberster Stelle. Die Unterbringung und

die Versorgung der Geflüchteten ist eine logistische und finanzielle Herausforderung für die Kommunen. Bund und Land haben erst in jüngster Zeit auf die Probleme reagiert, die die Kommunen damit haben, die zu uns geflohenen Menschen angemessen unterzubringen. Immer noch aber fehlt eine vollständige Erstattung der entstehenden Kosten, von der Schaffung von geeignetem Wohnraum, Kindergartenplätzen etc. ganz zu schweigen.

Vieles aber wird aufgefangen durch die **hohe Bereitschaft unserer BürgerInnen anderen zu helfen** – über kulturelle Grenzen hinweg. Der Arbeitskreis Asyl in Xanten organisiert beispielsweise Fahrräder für die Geflüchteten und mithilfe der Sparkasse sogar Schaukeln für deren Kinder.



## **MIT WELCHER EINSTELLUNG AN DIE FLÜCHTLINGSPROBLEMATIK HERANGEHEN?**

Wenn ich mich einmal selbst in die Lage eines Flüchtlings versetze – in meinem Heimatland herrscht Krieg und ich müsste ständig um mein Leben fürchten –, was würde ich tun? Würde ich nicht auch die Flucht antreten, in der Hoffnung auf eine sichere und bessere Zukunft? Vergessen wir nicht, dass auch viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg Flucht und Neuanfang fern der Heimat erfahren haben.

Und was das Geld, das wir für die Versorgung der Geflüchteten ausgeben, angeht: Es steht in keinem Vergleich zu den vielen Milliarden Euro, die wir in die Rettungspakete für die europäischen Banken eingebracht haben.

**Wie denken Sie persönlich darüber?  
Schreiben Sie uns!**

## **DIE OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT UNTERSTÜTZEN**

*Neuer Kinder- und Jugendförderplan gibt Planungssicherheit bis 2020. Die wichtigsten Punkte: Alle Jugendheime bleiben erhalten. Die **aufsuchende Jugendarbeit (Streetworker)** ist ein neuer Schwerpunkt. Auch die **Jugendverbandsarbeit** wird weiter unterstützt. Für mehrtägige **Ferienfreizeiten** gibt es weiterhin Zuschüsse, auch für Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien.*

*Bei der Entwicklung des neuen Plans hat man sich aktiv an den Jugendlichen orientiert. In einer großen **Beteiligungssaktion** wurden Jugendliche nach ihren Wünschen und Freizeitbedürfnissen befragt.*